

lischer Truppenkontingente der neutralen Staaten oder der Vereinten Nationen in Westberlin erhebt.

Beide Delegationen betonen erneut, daß keine Einwendungen gegen die friedliche Anwesenheit von Vertretern der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und Frankreichs ebenso wie anderer interessierter Staaten in der entmilitarisierten Freien Stadt Westberlin, das heißt gegen die Errichtung und Unterhaltung normaler diplomatischer, konsularischer, wirtschaftlicher, kultureller und anderer Vertretungen erhoben werden. Aber die Anwesenheit von NATO-Truppen und die Aufrechterhaltung des Besatzungsregimes in Westberlin sind mit den Interessen des Friedens nicht vereinbar. Der Zugang nach Westberlin über die Verbindungswege der Deutschen Demokratischen Republik darf nur friedlichen Zwecken dienen.

Beide Seiten sind zutiefst davon überzeugt, daß alle Probleme durch Verhandlungen auf friedliche Weise gelöst werden können, gleichzeitig jedoch betonen sie eindeutig, daß die Versuche der Regierungen der Westmächte, die von den Bonner Ultras inspiriert werden und auf die Verhinderung einer wirklichen Lösung durch ein bloßes Spiel mit Verhandlungen abzielen, zum Scheitern verurteilt sind. Die herangereiften Fragen des Abschlusses des deutschen Friedensvertrages und der Normalisierung der Lage in Westberlin auf seiner Grundlage müssen und werden gelöst werden.

Die Delegation der Deutschen Demokratischen Republik dankt für den großen Beitrag der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, den sie im gemeinsamen Kampf gegen den westdeutschen Militarismus und Revanchismus und für die Sicherung des Friedens in Deutschland leistet. Beide Delegationen haben konkrete Maßnahmen zur weiteren Festigung und Vertiefung der Zusammenarbeit der Parteien und Regierungen beider Staaten in diesem gemeinsamen Kampf vereinbart.

Beide Delegationen haben die mit dem nationalen Befreiungskampf der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas verbundenen Probleme erörtert. Sie erklären ihre feste Entschlossenheit, dazu beizutragen, daß die Reste der Kolonialherrschaft im Sinne der Resolution der XV. Vollversammlung der Vereinten Nationen beschleunigt beseitigt werden. Sie bekräftigen ihre Solidarität mit den Bemühungen der Völker dieser Länder um die Festigung ihrer politischen und wirtschaftlichen Souveränität, die von den neokolonialistischen Bestrebungen des Weltimperialismus bedroht wird, in denen die Expansion der westdeutschen Monopole eine bedeutende Rolle spielt. Die Regierungen und Völker der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik werden auch in Zukunft mit diesen Ländern